

Antrag 158/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Vorratsdatenspeicherung endlich begraben**

1 Vorratsdatenspeicherung (VDS) ist wie ein Zombie, der
2 immer wieder aufs Neue in der Politik auftaucht. Gemäß
3 den Forderungen der VDS sollen Verbindungs-, Standort-
4 daten und IP-Adressen ihrer Kund*innen inklusive Nut-
5 zungszeiten speichern. Dies hat weitreichende Konse-
6 quenzen für die Zivilbevölkerung! Wenn die Bevölkerung
7 kontinuierlich unter Generalverdacht steht, schränkt dies
8 die freie Entfaltung und politische Willensbildung gravie-
9 rend ein. Es unterminiert außerdem den Grundsatz “un-
10 schuldig bis zum Beweis der Schuld”.

11 Es gibt keine Beweise, dass weitreichende digitale Über-
12 wachungsmechanismen effektiv gegen schwere Strafta-
13 ten wirken. Stattdessen lesen wir vermehrt Berichte von
14 Gesetzeshüter*innen, welche ihre erweiterten Kompeten-
15 zen missbrauchen, um sich für private Zwecke Zugang zu
16 Daten von Mitbürger*innen zu verschaffen.

17 Von liberaler Seite wird nun das sogenannte Quick Free-
18 ze als Kompromiss vorgeschlagen. Hierbei können Straf-
19 verfolger*innen bei Providern einen Antrag zur Speiche-
20 rung von Daten verdächtiger Personen stellen. Zugriff auf
21 die so gespeicherten Daten erhalten die Strafverfolger*in-
22 nen erst, wenn ein*e Richter*in den Zugriff innerhalb ei-
23 ner Frist genehmigt. Untersuchungsverfahren wen-
24 den beispielsweise ein ähnliches Prinzip an und haben in
25 der Vergangenheit gezeigt, dass Polizist*innen sich bevor-
26 zugt Richter*innen suchen, die bei der Genehmigung und
27 Verlängerung von Anträgen nur oberflächlich prüfen und
28 keine Rückfragen stellen.

29 Aus diesen Gründen lehnen wir die Vorratsdatenspeiche-
30 rung und sämtliche Auswüchse dieser wie beispielswei-
31 se Quick Freeze, ab. Es existieren bereits ausreichende
32 Möglichkeiten der Strafverfolgung, um beispielsweise mit
33 richterlichen Beschlüssen auf die Daten von Dienstean-
34 bietern im Netz zuzugreifen. Eine Ausweitung auf Pro-
35 vider und den Zwang zur Speicherung von Daten stellt
36 eine massive Schwächung der Grundrechte jede*r Nut-
37 zer*in dar und verschiebt das Machtverhältnis zwischen
38 Staat und Mensch. Des Weiteren werden solche Über-
39 wachungsinstrumente in den Händen autoritärer und fa-
40 schistischer Mächte zu einer besonderen Gefahr. Um die-
41 sem Szenario keine Chance zu geben, sollte es die klare
42 Position einer antifaschistischen Gesellschaft sein, solche
43 Maßnahmen abzulehnen.

44 Mit VDS betreibt man keinen Opferschutz und verhindert
45 auch keine Straftaten. Stattdessen sollten wir Betroffe-
46 ne direkt unterstützen. Letztlich ist es menschenfeindlich,
47 davon auszugehen, dass alle Menschen potenzielle Straf-

Empfehlung der Antragskommission**erledigt bei Annahme 157/II/2024 (Konsens)**

48 Täter*innen seien.

49 **Wir fordern daher:**

- 50 • Die klare Ablehnung des Prinzips der Speicherung
- 51 von Verbindungs- und Standortdaten
- 52 • Die endgültige Streichung der Pflichten zur Speiche-
- 53 rung von Verkehrsdaten aus dem Telekommunikati-
- 54 onsgesetz
- 55 • Die Gewährleistung anonymer und verschlüsselter
- 56 Kommunikation im Internet